

STADTKASSE



„Wer soll denn das schon kontrollieren?“

Untreue-Skandal im Magistrat Klagenfurt: Dem MONAT liegt exklusiv das forensische Gutachten der KPMG vor. Es belastet den Beschuldigten erheblich und legt haarsträubende Kontrolldefizite offen. Anwalt kontert Gutachten scharf.

Text Franz Miklautz Fotos Karlheinz Fessl, Helge Bauer, Dietmar Wajand

Mit betretener Miene eröffnete Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz (SPÖ) an diesem Vormittag des 24. September 2020 die Pressekonferenz. Draußen klarte es gerade auf. Der Titel der Veranstaltung spröde, aber vielversprechend: „Stadtkasse“. Links neben Mathiaschitz positioniert sich Peter Jost - der mächtige Magistratsdirektor. Klagenfurts Journalisten-Armada ist nahezu vollständig angerückt. Das Thema zieht: In der Stadtkasse sollen 1,76 Millionen

Euro entwendet worden sein. Über einen Zeitraum von 23 Jahren. Ohne, dass es jemandem aufgefallen wäre.

Rückblende. Den Skandal hatten Mathiaschitz und Jost schon vor fast sieben Monaten bekannt gegeben. Ebenso in einer eilig einberufenen Pressekonferenz. Mit gleich betretener Miene. Mutmaßlich verantwortlich für die Veruntreuung, so Mathiaschitz damals, sei ein „ehemaliger Mitarbeiter, er ist voriges Jahr in Pension gegangen – aus dem Bereich der Stadt-

kasse“. Die Kontrollgremien hätten die Veruntreuung „jahrelang nicht entdeckt oder entdecken können“, sagt Mathiaschitz und begründete das mit der „kriminellen Energie“, die angewandt worden sei. Für den Ex-Mitarbeiter gilt die Unschuldsvermutung. Bekannt gegeben wird in der damaligen Pressekonferenz auch, dass die Malversation von einer externen Firma untersucht werden soll. Offenbar ist schon damals das Vertrauen der Bürgermeisterin in ihre internen Fachleute aus Rechnungswesen und Kontrollamt angeknackst. Der

meinte, dass dieser Saldo jedes Jahr vorhanden sei und diesen ausgeglichen solle. betonte, dass sie einen offenen Saldo am Ende des Jahres nicht einfach ausgleichen könnte, sagte daraufhin auskunftsgemäß „Wer soll denn das schon kontrollieren?“ und „Das wird ja eh nicht kontrolliert.“

ANSCHULDIGUNG. Anwalt Norbert Wess bestreitet, dass sein Mandant die beiden Sätze in dieser Form gesagt hat

ro-Saldos kontaktiert und „um Mithilfe bei der Klärung des Sachverhalts“ gebeten zu haben. Daraufhin soll er ihr geantwortet haben, „dass dieser Saldo jedes Jahr vorhanden sei“ und sie „diesen ausgleichen solle“. Woraufhin die Frau „betonte, dass sie einen offenen Saldo am Ende des Jahres nicht einfach ausgleichen könnte“. Und dann folgt im Gutachten eine womöglich ermittlungskritische Sequenz: Der Beschuldigte habe der Kollegin „daraufhin auskunftsgemäß“ gesagt: „Wer soll denn das schon kontrollieren?“ und „Das wird ja eh nicht kontrolliert.“

Banken nicht fix zugewiesen. Auch in einem anderen Punkt bezieht sich das Gutachten auf Aussagen eines heutigen Mitarbeiters der Stadt: Dieser sagt, der Beschuldigte habe „seinen Mitarbeitern (in der Stadtkasse, Anm.) die im System zu buchenden Banken zugewiesen. Es bestand keine Regelung, dass bestimmte Banken bestimmten Mitarbeitern fix zugewiesen sind“. Wodurch „es den Mitarbeitern (...) erschwert wurde, einen Gesamtüberblick über die durchzuführenden Einnahmen- und Ausgabenbuchungen (...) zu bewahren und Transaktionen, die keinen wirtschaftlich nachvollziehbaren Hintergrund haben, zu identifizieren.“

An anderer Stelle bildet die KPMG exemplarisch einen Kassenbeleg der Bank ab, der doppelt geklammert ist und schreibt: „In vielen Fällen sind die zur jeweiligen Transaktion gehörenden Belege so zusammengeheftet, dass eine genaue Begutachtung des Kassenbelegs nur durch Entfernen der Klammern und somit nach Zerstörung der Dokumentation möglich ist.“ Warum die Klammern nicht sauber mit einem Enthefter entfernbar gewesen wären, ist dem Gutachten nicht zu entnehmen.

Stellvertreter abwesend. Die verdächtigen Transaktionen seien mit wenigen Ausnahmen an Tagen durchgeführt worden, an denen der Stellvertreter des Beschul-

digten nicht anwesend gewesen sei. Nayer listet die Entnahmen von 1997 bis 2019 in einer Excel-Tabelle auf: Waren es 1997 noch 380.000 Schilling, waren es im Jahr 2003 beispielsweise bereits 70.000 Euro. 2008 dann 90.000 Euro. Für 2011 kommt Nayer auf 110.000 Euro. Die Schadens-Tabelle weist am Schluss zusätzlich 110.000 Euro für Rechtskosten aus, die die Stadt offenbar budgetiert hat. Sie scheint sich auf einen längeren Rechtsstreit einzustellen.

„**Meinem Klienten ist das nie als toxisch aufgefallen.**“

Norbert Wess, Anwalt des Beschuldigten

Inklusive Zinsen für die entnommenen Beträge und den 32.500 Euro an Kosten für den Aufklärungsaufwand der eigenen Magistratsmitarbeiter kommt das Gutachten auf einen Gesamtschaden von 2,37 Millionen Euro.

Ungerader Saldo. Im Jahr 2002 gab es eine ungerade Einnahme von 553,05 Euro. Eine wirtschaftliche Erklärung gebe es dafür nicht, so die KPMG. „Sie erweckt vielmehr den Eindruck, dass ein ungerader Saldo am Ende des Jahres vermieden werden sollte, der im Zuge der Umstellung von ATS auf EUR aufgetreten wäre.“

Kontrollversagen. Sollten die beiden Sätze betreffend lascher Kontrollen vom Beschuldigten tatsächlich so gesagt worden sein, wären diese nicht nur für ihn kritisch, sondern auch bezeichnend für ein großflächiges Kontrollversagen auf Seiten der Stadt. Im Gutachten ist zudem auf mehreren Seiten davon die Rede, dass „die zur Dokumentation abgelegten Kassenbelege der Bank immer nur den Stempel

Auftrag für das sogenannte forensische Gutachten geht an Michael Nayer, Wirtschaftsprüfer bei der KPMG. Er soll die Malversation mit kriminalistischer Akribie durchleuchten. Zwei Monate später, am 15. Mai 2020, übergibt er der Stadt das Gutachten. Das 37-Seiten-Papier liegt dem Kärntner MONAT exklusiv vor.

„**Wird eh nicht kontrolliert.**“ Allem voran formuliert diese gutachterliche Stellungnahme eine Kernaussage: Sie belastet den Beschuldigten erheblich. Nayer seziert die Geschäftsvorgänge fein säuberlich wie mit einem Skalpell. Am schwerwiegendsten wird es unter dem Punkt „Fazit“: Hier gibt eine frühere Kollegin des nunmehr Beschuldigten zu Protokoll, den bereits in der Pension befindlichen Mitarbeiter nach Entdecken des 1,76 Millionen-Eu-

KONTERT.

Norbert Wess, er verteidigt den Beschuldigten, weist die Vorwürfe gegen seinen Mandanten scharf zurück



des Magistrats Klagenfurt und keinen der Bank aufweisen“. In einem Fall im Jahr 2009 „liegt für eine Transaktion kein Kassenbeleg der Bank vor“. Und im Jahr 2018 „weisen drei Auszahlungsanordnungen keine Paraphe auf“.

Kontrollamt unter Beschuss. Die KPMG habe „Schwächen im Kontrollamt und im Rechnungswesen“ identifiziert, gaben Mathiaschitz und Jost in der Pressekonzferenz Ende September demgemäß auch zu. Obwohl selbst unter Druck, weil das Kontrollamt bereits 2017 ein internes Kontrollsystem gefordert hatte, das es breitflächig über alle Abteilungen bis heute nicht gibt, sehen Mathiaschitz und Jost die beiden Abteilungen in der Verantwortung für den Skandal. Das Kontrollamt habe noch 2018 die Stadtkasse geprüft „und keine Beanstandungen gehabt. Da fehlten schon 1,6 Millionen Euro“, sagte Mathiaschitz. Das Kontrollamt habe seit 2007 den gleichen Abteilungsleiter. Auch der Leiter des Rechnungswesens scheint bei der Bürgermeisterin in Ungnade gefallen zu sein. „Die Stadtkasse wurde im Jahr 2000 ins Rechnungswesen eingegliedert. Der Abteilungsleiter hat keine Kontrollen oder Funktionstrennungen durchgeführt.“ Die zweite Unterschrift sei zudem „nur zu Dokumentationszwecken“ geleistet worden. Nicht als gelebtes Vier-Augen-Prinzip.

Disziplinarkommission. Die zwei Abteilungsleiter plus jene beiden Mitarbeiter, die die Stadtkassenprüfung direkt überhatten, sollen der Disziplinarkommission angezeigt werden. Ihnen drohen schlimmstenfalls dienstrechtliche Konsequenzen.

Unterdessen mehren sich im Rathaus Spekulationen, wonach eine Person allein keine 1,76 Millionen Euro hätte aus dem Magistrat tragen können. Schon gar nicht über den langen Zeitraum von 23 Jahren. Gegenüber dem MONAT bekundete ein

ebenfalls pensionierter Stadtmitarbeiter, der mit den Abläufen und Prozessen im Magistrat bestens vertraut ist, dass verdächtige Buchungen spätestens im sogenannten Sachkontenbuch in der Stadtbuchhaltung hätten auffallen *müssen*. Sowohl Staatsanwaltschaft als auch Ermittler gehen aber nach wie vor von nur einem Beschuldigten aus.

„Mathiaschitz verantwortlich“. Die Opposition will Mathiaschitz' Antritt, die vier Bediensteten in die Verantwortung zu nehmen, nicht hinnehmen und schießt scharf gegen die Bürgermeisterin: „Mathiaschitz schiebt ihre Verantwortung auf die Mitarbeiter ab“, kritisiert etwa FPÖ-Stadtrat Christian Scheider. Parteikollege und Vizebürgermeister Wolfgang Germ erklärt, „dass sich die Bürgermeisterin endlich eingestehen muss, dass sie seit 2015 voll in der Verantwortung steht.“ Aufgrund des monatelangen Zurückhaltens des Berichts der KPMG müsse man sich außerdem fragen, „warum der Informationsfluss so eingebremst wurde“. Team-Klagenfurt-Chef Klaus-Jürgen Jandl rügt: „Dass das Versagen auf Mitarbeiter abgeschoben wird, insbesondere auf das Kontrollamt, ist wohl typisch für die Ära Mathiaschitz.“ Auch die bekannte kritische Grüne Gemeinderätin Evelyn Schmid-Tarmann sieht Mathiaschitz nicht entlastet: „Als Bürgermeisterin ist sie genauso verantwortlich wie der Magistratsdirektor. Auf blindes Vertrauen darf sich niemand hinausreden.“

Anwalt will Jahre durchforsten. Norbert Wess, der bekannte Wiener Anwalt des Beschuldigten, weist die beiden im Gutachten vorkommenden anschuldigen Sätze, in denen sich der Beschuldigte relativ sicher gibt, dass keine Kontrollen stattfinden würden, „auf das Schärfste

zurück. Das ist uminterpretiert worden. Mein Klient stellt jedes Fehlverhalten strikt in Abrede, wie er auch in Abrede stellt, das je so gesagt zu haben.“ Er habe lediglich von sich gegeben, „dass am Jahresende Liquiditätsausgleichsbuchungen normal sind und ihre Durchführung nicht auffällig ist“, erklärt der Strafverteidiger, der auch Karl-Heinz Grasser (Buwog) und Martin Pucher (Commerzbank) vertritt. Außerdem, so Wess weiter, sei sein Mandant im Gespräch mit der Ex-Kollegin der Meinung gewesen, dass sich die Ungereimtheit auf jeden Fall aufklären werde. Weshalb Wess nun den „Beweisantrag auf Durchforstung dieser sogenannten Liquiditätsausgleichsbuchungen der letzten zwei bis drei Jahre“ stellen



„**Als Bürgermeisterin ist Mathiaschitz genauso verantwortlich wie der Magistratsdirektor.**

E. Schmid-Tarmann, Grünen-Abgeordnete

will. „Meinem Klienten ist das nie als töxisch oder malversiv aufgefallen“, kontert Wess dem KPMG-Gutachten.

Stadtmitarbeiter laden. Sollte es zur Verhandlung kommen - Mathiaschitz rechnet mit einer Anklageerhebung - will Wess jedenfalls Stadtmitarbeiter, die mit der Materie vertraut sind, in den Zeugenstand laden.

Wie lange der Gerichtsgang dauern könnte, ist nicht zu sagen. Die Frage ist, ob der Skandal die Gemeinderatswahlen im Frühjahr 2021 erfassen könnte. Und wer am Schluss der Sieger ist. Beim Verlierer ist auf jeden Fall eines absehbar: eine betretene Miene. ●